

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **38 (1963)**

Heft 1

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rundschau

Die Wohnungsnot in Zürich

Am 1. Dezember 1962 gab es in Zürich 31 leerstehende Wohnungen (0,021 Prozent des Gesamtbestandes), wovon 4 bereits vermietet waren. Von diesen leerstehenden Wohnungen hatten 21 einen Mietzins von über 4000 Franken, 3 einen solchen von 3001 bis 4000 Franken und 5 einen solchen von 2501 bis 3000 Franken.

... in Winterthur

Am gleichen Tage standen in Winterthur nur zwei Wohnungen leer (0,008 Prozent des Gesamtbestandes). Es handelte sich um eine Einzimmerwohnung mit einem Mietzins von 1901 bis 2000 Franken und eine Dreizimmerwohnung mit einem Mietzins zwischen 3001 und 3500 Franken.

... in Basel

In Basel standen am 1. Dezember 1962 nur 12 Wohnungen leer (0,014 Prozent). Davon waren drei schon vermietet und zwei Einfamilienhäuser verkauft, fünf befinden sich in Häusern, die zum Abbruch bestimmt sind. Die drei restlichen Wohnungen haben einen Mietzins von mehr als 4000 Franken.

... und in Bern

In Bern standen am gleichen Tag 19 Lohgäule leer, das sind 0,03 Prozent des Gesamtbestandes.

Wohnungsbau in den Niederlanden

Hollands Wohnungsbau seit Kriegsende wird im laufenden Jahr eine Million Einheiten erreichen. In den Jahren 1945 bis 1962 sind nur 6 Prozent aller neu errichteten Wohnungen ohne Staatszuschuß errichtet worden. Von insgesamt 936 000 Wohnungseinheiten wurden 42 Prozent im privaten Sektor, 31 Prozent auf Kosten der Gemeinden und 27 Prozent auf Kosten der gemeinnützigen Baugesellschaften erbaut. Nur etwa 30 Prozent aller Wohnungen sind von den Eigentümern bewohnt. In der letzten Zeit ist eine rapide Zunahme des privaten Wohnungsbaues ohne jede Hilfe der öffentlichen Hand festzustellen. Die Regierung hat sich jetzt gezwungen gesehen, den privaten Wohnungsbau zu begrenzen.

Im Gegensatz zu der einmaligen Bauhilfe im privaten Sektor werden für den

sozialen Wohnungsbau der gemeinnützigen Baugesellschaften und der Gemeinden jährlich Bau- und Mietzinszuschüsse gewährt. Die Baugesellschaften sind so gut wie ausschließlich für Arbeiter und Angestellte mit niedrigem Einkommen tätig, und ihre Mitglieder sind in der Regel die Bewohner der von ihnen errichteten Wohnungen.

Gemeinnütziger Wohnungsbau in England

Das englische Wohnungsbauministerium hat 25 Millionen Pfund (rund 300 Millionen Franken) für Zuschüsse beim Bau von Miethäusern durch nicht nach Gewinn trachtende «Housing Associations» (Wohnbaugesellschaften) eingesetzt. Diese werden mit Hilfe von Treuhänderfonds großer Firmen oder Familienstiftungen gegründet und sind zumeist für den Bau von Wohnungen für Angestellte, Kleinwohnungen für Rentenempfänger und Altersheimen bestimmt.

Zusätzlich zum erwähnten staatlichen Bauzuschuß hat das Wohnungsbauministerium die städtischen Kommunalbehörden aufgefordert, die Aufgaben bestehender und neuer Housing Associations mit Darlehen (bis zu 100 Prozent der Baukosten) und Zuteilung von Bauland zu fördern. Praktisch dürften nicht die unteren, sondern die mittleren Einkommensstufen Nutzen aus diesen neuen gemeinnützigen Bestrebungen ziehen.

Vorfabrizierte Häuser in Stahl

Ein Unternehmen der Metallindustrie der Ruhr beabsichtigt, vorfabrizierte Wohnhäuser in Stahl zu erstellen. Die Produktion, die im Mai 1963 aufgenommen werden soll, läßt sich vom gleichen Gedanken leiten, der zur Herstellung der Autos am laufenden Band führte. Vorgesehen sind ein Modell I als Einfamilienhaus und ein Modell II als Doppel-einfamilienhaus. Das Modell II kann an das Modell I angehängt werden. Die völlig aus Stahl hergestellten Häuser sind eingeschossig. Ein Keller dazu müßte aus Beton erstellt werden.

Postkarten kann man da nicht mit einem Reißnagel an der Wand befestigen!

Fertighausbau der Gemeinde Wien

Im Mai 1962 nahm die Montagebau-Wien GmbH, an der die Stadt Wien

mit 51 Prozent, die Camus Dietsch GmbH mit 26 Prozent und die Firma Maba mit 23 Prozent des Kapitals beteiligt ist, ihre Tätigkeit auf. Auf den Spitalsäckern in Kagran wurde mit dem Bau eines viergeschossigen Baublockes mit 32 Wohnungen begonnen. Die neue Kagraner Großsiedlung wird zunächst 19 Wohnblocks mit 3500 Wohnungen an 92 Stiegen umfassen.

Das Werk der Montagebau-Wien liegt in unmittelbarer Nähe der Großbaustelle und beschäftigt derzeit 320 Arbeiter. Der tägliche Ausstoß an Fertigplatten, die drei und sieben Tonnen schwer sind, beträgt gegenwärtig 70 Stück, was etwa 3,2 Wohnungen entspricht. Die Produktion der Montagebaufabrik soll jedoch in Kürze auf fünf Wohnungen täglich gesteigert werden.

(«Wohnen und Siedeln»)

Deutschland: Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand

Zwei Drittel der Wohnungsbaugesellschaften in der Bundesrepublik werden nach Angaben des Deutschen Instituts gegenwärtig von der öffentlichen Hand beherrscht. Wie das Institut mitteilt, waren Ende 1961 von einem Stamm- oder Grundkapital der Wohnungsbauten mbH und der Wohnungsbau-Aktiengesellschaften in Höhe von 1,342 Milliarden DM 49,5 Prozent ganz oder in der Mehrheit in Eigentum des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Rechnet man noch die 8,5 Prozent der Bundesbahn und der Bundespost, die 3,1 Prozent der Sozialversicherung und sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften sowie die 3,9 Prozent verschiedener Institutionen der öffentlichen Hand hinzu, so betrage der Anteil der öffentlichen Hand an den Wohnungsbaugesellschaften 65 Prozent. Weitere 12,1 Prozent gehörten den Gewerkschaften.

Die Luft im Freien darf nicht verpestet werden

In St. Gallen erhielt der Untermieter eines Zimmers die Kündigung mit folgender Begründung: «... obwohl Sie ganz genau wissen, daß wir mit unserer Hausmeisterin wegen des offenen Fensters Unannehmlichkeiten haben und Sie dennoch das Fenster des Nachts und wenn möglich auch tagsüber öffnen, muß ich Ihnen das Zimmer kündigen...»